

**B**elém, eine Grossstadt im Norden Brasiliens mit rund 1,5 Millionen Einwohnern, Schauplatz der 30. Weltklimakonferenz (COP30) vom 10.-21. November 2025. Angesichts dieser Dimension erscheint es plausibel, den Zustrom der 50 000 Konferenzteilnehmer mit der vorhandenen Infrastruktur bewältigen zu können. Weit gefehlt: Um den Verkehr für die Teilnehmer zu erleichtern, wurde eigens für die Konferenz eine über zehn Kilometer lange vierspurige Autobahn gebaut – mitten durch den Amazonas-Regenwald hindurch. Mutmasslich 100 000 Bäume sollen dieser Schnellstrasse zum «Opfer» gefallen sein. Bäume fällen fürs Klima. Klingt logisch.

Wie üblich sind nicht wenige Spitzopolitiker und Protagonisten mit Privatjets angereist, so auch der Schweizer Umweltminister Albert Rösti, der den Bundesratsjet Bombardier Global 7500, bekannt als «Palast der Lüfte», für seine Reise wählte. Die Weltwoche rechnete vor, dass bei einem Verbrauch von 5,4 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Stunde und einer konservativ geschätzten Reisezeit für Hin- und Rückflug mindestens 108 Tonnen ausgestossen worden sind. So weit, so normal, wird manch einer sagen.

## DER WIND HAT GEDREHT

Und doch: An der COP30 war einiges anders als in den Jahren zuvor. Haben Sie überhaupt mitbekommen, dass die Konferenz stattgefunden hat? Verglichen mit früheren Konferenzen war die mediale Berichterstattung bescheiden. Weltuntergangswarnungen und Handlungsaufforderungen an Politik und Regierungen sind weitgehend ausgeblieben. Pilgerten vor zwei Jahren noch fast 90 000 Delegierte und Beobachter zur COP28 nach Dubai, waren es nun noch rund 50 000. Ebenfalls bemerkenswert: Kein Staatschef der vier grössten CO<sub>2</sub>-Emittenten China (33 Prozent), USA (12 Prozent), Indien (8 Prozent) und Russland (5 Prozent) kam nach Belém. Und das nur zehn Jahre nach dem als Durchbruch gefeierten Pariser Klimaabkommen.

# GENUG VON DER KLIMAPOLITIK

**Die Klimakonferenz «COP30» ging im November 2025 mit wenig Beachtung über die Bühne. Es ist ein Zeichen für das Ende einer ganzen Ära. Nur Deutschland betreibt weiter ökonomischen Suizid.**

---

Raphael Berger

---

men (2015) und obwohl Klimaaktivisten und Politiker die 2020er-Jahre eigentlich als das «entscheidende Jahrzehnt» im Kampf gegen die Erderwärmung ausgerufen hatten.

Fünf Jahre später steht fest: Der Wind hat gedreht. Die New York Times titelte bereits vor der Konferenz: «Die ganze Welt hat genug von der Klimapolitik», und WELT-Wissenschaftsredakteur Daniel Wetzel schrieb von einem «Zeichen für das Ende einer ganzen Ära». Er bezeichnete die Stimmung an der Konferenz als «ungewohnt verhalten» und sprach gar von «Auflösungerscheinungen», die die Weltklimakonferenz prägten. Und das aus gutem Grund. Der nur wenige Tage vor der Konferenz veröffentlichte Sachstandsbericht des UN-Umweltprogramms (UNEP)<sup>1</sup> zeigt nämlich: Das selbstgesteckte Ziel, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, ist nicht mehr zu erreichen (falls es denn überhaupt möglich sein sollte, die Temperatur des Planeten Erde zu steuern). Die Tempe-

raturschwelle werde spätestens Anfang der 2030er-Jahre unvermeidlich überschritten. Auch kommen die meisten der 198 Mitgliedstaaten den Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen nicht mehr nach. UN-Generalsekretär António Guterres stellte konsterniert fest: «Die harte Wahrheit ist, dass wir es nicht geschafft haben, sicherzustellen, dass der Temperaturanstieg unter 1,5 Grad bleibt.»

Das Thema «Klimaschutz» ist auf der Prioritätenliste der Entscheider und Bürger in vielen Ländern weit hinter Wirtschaft, Wohlstand und Sicherheit zurückgefallen. Auch die Europäische Union ist in der Klimafrage mehr und mehr zerstritten, was das neue Klimaziels zeigt: Erstmals reichte Brüssel bei der UN kein konkretes CO<sub>2</sub>-Sparziel mehr ein, sondern nur noch eine Bandbreite. So können die EU-Mitgliedsstaaten nun wählen, ob sie ihre Emissionen bis 2035 um 72,5 Prozent gegenüber 1990 senken wollen – oder doch nur um 66,25 Prozent. Der untere Rand ist mit dem Pariser Abkommen nicht vereinbar.

“

**Millionen Dollars werden aus den Taschen westlicher Steuerzahler gezogen.**

## SELBSTZERSTÖRERISCHER PLAN

Gemessen am weltweit jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoss ist der Anteil der Europäischen Union mit etwa sechs Prozent sowieso recht unbedeutend und eigentlich vernachlässigbar. Jener von Deutschland liegt sogar bei unter zwei Prozent.



Und doch: Europa hält unerschütterlich fest am Ziel, im Jahr 2050 netto null CO<sub>2</sub> auszustossen. Deutschland ist hier noch ehrgeiziger und will bis 2045 «klimaneutral» sein – «ein selbstzerstörerischer Plan», wie Daniel Wetzel schreibt. Doch Deutschland scheint gewillt, ihn durchzuziehen. Ohne eine tragfähige alternative Versorgung zu haben, wurden Atomkraftwerke stillgelegt, Kühltürme unwiederbringlich zerstört. Hinzu kommt: Seit der Sprengung von Nord Stream II und den Sanktionen gegen Russland sind preiswerte Gasimporte nicht mehr möglich. Nun wird das benötigte russische Gas entweder über Umwege teurer importiert oder auf noch teureres Flüssiggas aus den USA ausgewichen. Der «Flatterstrom» aus Sonne und Wind führt regelmässig dazu, dass die Strompreise im Handel entweder astronomisch hoch sind

“

**Deutschland scheint gewillt, den Plan durchzuziehen.**

oder sogar ins Negative kippen, sodass Deutschland für Stromexporte bezahlen muss. Die Rechnung dafür erhält der Steuerzahler.

Wenig überraschend darbt die deutsche Industrie und ächzt unter den hohen Energiepreisen. Die Wirtschaft stagniert, Insolvenzen und Entlassungen häufen sich. Trotz Milliardeninvestitionen in «erneuerbare Energien» produziert Deutschland europaweit neben Polen den dreckigsten Strom. Länder wie China oder Indien sind hier weit pragmatischer, wie WELT-Kolumnist

Leon de Winter aufzeigt. «Die Führer dieser Länder und anderer asiatischer Staaten haben sich entschieden, ihren Bürgern Existenzsicherheit und Wohlstand zu bieten, und eine Voraussetzung dafür ist die Verfügbarkeit günstigen Stroms.» Deshalb machten sich diese Länder «nichts aus CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Kohlekraftwerke». Deutschland setzt mit der Energiewende Existenzsicherheit und Wohlstand leichtfertig aufs Spiel.

Pragmatisch agiert auch Bill Gates, der zwei Wochen vor der COP30 mit einem Memo<sup>2</sup> Schockwellen in der Klimaszene auslöste. Er, der die Klimaerwärmung jahrelang als eine der bedrohlichsten Gefahren dargestellt hatte, schreibt nun: «Der Klimawandel wird zwar schwerwiegende Folgen haben ..., aber er wird nicht zum Untergang der Menschheit führen.» Er ist sicher: «Die Menschen werden auf absehbare Zeit an den meisten Orten der Erde leben und gedeihen können.» Es sei an der Zeit, das Wohlergehen der Menschen in den Mittelpunkt der Klimastrategien zu stellen. Fortan gilt: Nicht das Extremwetter soll verhindert werden, sondern der Mensch muss sich darauf einstellen und anpassen. Er will sich vermehrt anderen Herausforderungen wie der Bekämpfung der Armut und der Förderung der Gesundheit widmen. Weiter plädiert Gates für Innovation und vertraut dem technischen Fortschritt. «Glücklicherweise ist die Erfindungsgabe der Menschen besser denn je.»

Sein Beitrag wird zum Ende der Klimabewegung, wie wir sie kennen, beitragen. So erfreulich das ist, offenbart es gleichzeitig, dass Gates weniger Philanthrop, sondern in erster Linie ein knallharter Investor ist. «Die COP30 findet zu einer Zeit statt, in der es besonders wichtig ist, jeden Dollar, der für die Hilfe für die Ärmsten ausgegeben wird, optimal zu nutzen.» Er will mit seinen Investitionen Geld verdienen.

Bill Gates schliesst sich mit seinem Wandel einem Trend an, der sich seit einigen Monaten beobachten lässt und

nicht zuletzt auf den Politikwechsel in den USA unter Donald Trump zurückzuführen ist. Vor rund einem Jahr zog sich der weltweit grösste Vermögensverwalter BlackRock aus der «Net Zero Asset Managers Initiative» zurück, einem Klimabündnis, das Unternehmen vereint und darauf abzielt, die globale Wirtschaft «klimaneutral» zu gestalten. Weitere Grossbanken folgten. Zwar hat die Welt seit etwa dem Jahr 2000 rund 11 000 Milliarden Dollar (11 Billionen!) in die Energiewende investiert, was dazu hätte führen sollen, von den fossilen Brennstoffen wegzukommen. Doch die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen sind seither stetig gestiegen, ebenso wurden noch nie so viele fossile Brennstoffe verbrannt wie heute.

## ES GEHT UMS GELD

Diese Entwicklungen offenbaren: Es geht um Geld, um sehr viel Geld. Darin liegt auch weiterhin etwas Bedrohliches. Denn trotz schwindender Bedeutung und Relevanz wurde in Belém über die absurde Forderung verhandelt, den Entwicklungsländern bis 2035 «Klimahilfen» in Höhe von 1,3 Billionen Dollar zur Verfügung zu stellen. Pro Jahr! Leon de Winter schreibt von einer «globalen sozialistischen Umverteilung». «Millionen von Dollars werden aus den Taschen westlicher Steuerzahler gezogen.» Es scheine um das Klima zu gehen, «aber in Wahrheit geht es um die Einrichtung einer globalen sozialistischen Nivellierung, geleitet und durchgeführt von den nicht gewählten Eliten der UN-Organisationen», so de Winter. Nach wie vor gebe es zu viele Menschen, die davon profitieren oder daraus Macht beziehen. Was das für die Steuerzahler im Westen bedeutet: «Wir müssen uns auf fromme Armut vorbereiten.»

Trotz mitunter erfreulicher Tendenzen können uns die gesellschaftlichen Entwicklungen und Aussichten Angst und Sorge bereiten. Der Prophet Micha spricht eine deutliche Warnung aus, gerichtet an gottlose Mächtige: «Weh denen, die Unheil planen, weil sie die

Macht haben!» (Micha 2,1). Sie werden nicht ungeschoren davonkommen. Auch Jesus weiss darum und sprach schon mit seinen Jüngern darüber: «Ihr wisst, dass die Herrscher ihre Völker niederhalten und die Mächtigen ihnen Gewalt antun» (Matth. 20,25). Damals – und durch alle Jahrhunderte hindurch – gab es ähnliche Tendenzen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass Christen einen Kotrapunkt setzen: «So soll es nicht

sein unter euch; sondern wer unter euch gross sein will, der sei euer Diener; und wer unter euch der Erste sein will, der sei euer Knecht.» Unser Vorbild ist Jesus Christus, der uns diente und sein Leben zu unserer Erlösung gab (Matth. 20,26–28). 

1 <https://www.unep.org/resources/emissions-gap-report-2025>

2 <https://www.gatesnotes.com/search-reader?readerfocus=three-tough-truths-about-climate>

## ERFRISCHEND INTERESSANT

zu: «*Ist alles ganz anders?*», 06/25

Die Buchbesprechung von Frau Hausammann – die wir bereits als Autorin vielfacher Artikel kennen – ist erfrischend interessant und führt ohne Umwege in das Thema des Buches ein. Sofort bekommt man Lust, dies Buch auch selbst zu erwerben. Es geht um die umkämpfte Freiheit – also ein Thema, dass man auch aus ihren spannenden und hervorragend recherchierten Polit-Thrillern («Kein Fall für Carl Brun») kennt. So werden wir aufgefordert, Massnahmen der Obrigkeit auch kritisch im Licht des Wortes Gottes zu beurteilen.

Ich bin dankbar für diese Buchempfehlung und freue mich bereits auf die spannende, aber sicherlich auch herausfordernde Lektüre genauso wie auch auf ihren eigenen fünften Band der Brun-Reihe.

Dr. jur. Johannes Bieneck, D-Renningen

## EINE HYPOTHESE

zu: «*Fast das Paradies auf Erden*», 06/25

Ich schätzte bisher die Berichte von Bettina Hahne-Waldscheck sehr, doch diesmal kann ich ihrer Argumentation absolut nicht folgen. Für mich ist diese Auslegung teils recht fantasievoll. Drei Punkte möchte ich exemplarisch erwähnen. Es wird Lukas 1,32–33 zitiert, dass Jesus von Jerusalem herrschen wird. Hier ist aber von einem ewigen Reich die Rede und nicht von 1000 Jahren. Beim Abschnitt «Freudenquell ohnegleichen» wird beschrieben, wie es eine Welt voller Gerechtigkeit und Wahrheit und ohne Krieg und Krankheit gibt. Doch vorher steht, dass es noch Rebellion geben wird wegen der Neugeborenen. Damit ist das Böse doch vorhanden und wird die Welt damit beeinflussen. Wie kann dann eine solche Welt, in der beides vorhanden ist, voll von Gerechtigkeit und Wahrheit sein? Das ist ein völliger Widerspruch.

Als Letztes möchte ich klarlegen, dass in der Bibel nirgends wörtlich steht, dass Jesus auf der Erde ein Reich aufbaut. Auch der Begriff «1000-jähriges Reich» ist nicht in der Bibel zu finden. Diese Lehre ist daher eine Hypothese, was sie per se nicht falsch macht, aber doch eine Behauptung und Interpretation bleibt. Da ist mir der idealistische Ansatz mit einer symbolischen Auslegung (Amillennialismus) doch viel plausibler.

Werner Jost, CH-Schlieren